

Vorlage		Vorlage-Nr:	FB 01/0409/WP17
Federführende Dienststelle: Fachbereich Verwaltungsleitung Beteiligte Dienststelle/n:		Status:	öffentlich
		AZ:	
		Datum:	06.04.2018
		Verfasser:	
Ratsanträge			
Beratungsfolge:			
Datum	Gremium	Zuständigkeit	
18.04.2018	Rat der Stadt Aachen	Entscheidung	

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt nimmt die fristgerecht eingereichten Ratsanträge zur Kenntnis und verweist sie gemäß § 12 Abs. 3 der Geschäftsordnung an die jeweils zuständige Stelle (Bezirksvertretung, Fachausschuss, Oberbürgermeister).

Philipp

Oberbürgermeister

Erläuterungen:

Von den Fraktionen bzw. Ratsmitgliedern wurden mehrere Ratsanträge innerhalb der in § 12 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Rat benannten Frist eingereicht, die als Anlage beigefügt sind.

Hinweis: Die Nummer RA348/17 wurde irrtümlich vergeben und ist daher nicht als Anlage beigefügt.

Anlage/n:

Fristgerecht eingereichte Ratsanträge

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB 01

07. März 2018

Nr. 336/17

26.02.2018
GRÜNE 05 / 2018

Ratsantrag

Tempo 30 innerhalb des Alleenrings

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der GRÜNEN beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf allen Gemeindestraßen innerhalb des Alleenringes Tempo 30 km/h auszuweisen.

Begründung:

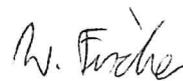
Schon seit vielen Jahren sind die meisten Straßen innerhalb des Alleenringes mit Tempo 30 km/h ausgewiesen. Dieses Tempo ist stadtverträglich und für alle von Vorteil: Gefahren durch hohe Geschwindigkeit entfallen, Bremswege werden deutlich kürzer, Fahrbahnquerungen werden erleichtert. Tempo 30 sorgt neben flüssigerem Verkehrsfluss auch für bessere Luft. Überholungen des Radverkehrs sind vielfach nicht mehr notwendig, weil der geringe Geschwindigkeitsunterschied das Überholen unnötig macht. Der Straßenlärm geht deutlich zurück, weil das Reifenabrollgeräusch bei Tempo 30 nicht mehr ins Gewicht fällt. Das Anfahren an Kreuzungen braucht weniger Energie.

Aufgrund der insgesamt kurzen Distanzen innerhalb des Alleenrings ergibt sich bei Tempo 50 kaum ein Reisezeitvorteil. Auch für die Umgestaltung des Inneren Grabenrings zum Radverteilerling ist Tempo 30 eine notwendige Grundlage. Die Temporeduzierung auf allen Gemeindestraßen innerhalb des Alleenringes ist außerdem ein Baustein hin zu mehr Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer.

Mit freundlichen Grüßen



Melanie Seufert
Fraktionsvorsitzende



Wilfried Fischer
mobilitätspolitischer Sprecher

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
D-52062 Aachen

Raum 104
Tel.: 0241 432-7217
Fax: 0241 432-7213

Eingang bei FB 01

07. März 2018

Nr. 337/17

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

05.03.2018
GRÜNE 06 / 2018

Ratsantrag

Integration von Kreativräumen und kulturellen Raumbedarfen in die Stadtplanung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der GRÜNEN beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Voraussetzungen zu schaffen, um die Sicherung und Integration von Raumbedarfen der Kultur sowie der Kultur- und Kreativwirtschaft im Rahmen einer integrierten Stadtentwicklung voranzutreiben. Dazu soll(en)

- 1.) eine Erfassung der derzeit genutzten Standorte und ihrer Entwicklungsperspektiven (Kataster Kultur- und Kreativwirtschaft) erfolgen,
- 2.) Handlungsempfehlungen und Instrumente entwickelt und dargestellt werden, wie die Bedarfe der Kultur- und Kreativwirtschaft im Rahmen einer integrierten Stadtentwicklung in städtebaulichen Planungen stärker berücksichtigt werden können und
- 3.) die Identifizierung potenzieller „Eroberungs- und Erprobungsräume“ für kreative Szenen in altindustriellen und in Umwandlung befindlichen Stadtlagen unterstützt sowie bereits vorhandene Räume der Kultur- und Kreativwirtschaft gesichert werden.

Begründung:

Aachen hat eine lebendige Kreativ- und Kulturszene, die sich durch Vielfalt, hohe Qualität sowie Engagement auszeichnet. Die Kultur- und Kreativwirtschaft trägt nicht nur zur Attraktivität der Stadt bei, sondern ist auch längst ein relevanter Wirtschaftsfaktor für Aachen, dessen Bedeutung zunimmt.

Ein ausreichendes nutzbares und bezahlbares Raumangebot ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die Kultur- und Kreativwirtschaft in der Stadt Platz findet und arbeiten kann. Allerdings nimmt der Nutzungsdruck auf die nur begrenzt verfügbaren Flächen (vor allem in Lagen mit Entwicklungspotenzial) zu. Kreativen Szenen droht so schleichende Verdrängung.

Aufgabe einer integrierten Stadtentwicklung ist es, kreative Räume nicht nur zu sichern, sondern neue Entfaltungsmöglichkeiten zu schaffen. Deshalb müssen im Sinne einer vielfältigen Stadt Räume für kreative Szenen auch bei der Entwicklung von Industrieanlagen, Fabrikbrachen oder etwa dem alten Ringlokschuppen am Rande des Campus West berücksichtigt werden. Die potenziellen Nutzergruppen sind ebenfalls vielfältig und kommen aus den Bereichen Design, Start up, Musik, Kunst, Theater oder sind selbst organisierte Interessensgruppen zu Themen wie Ernährung, Nachhaltigkeit, Fair Trade, Upcycling (Repair Cafés) oder technologischer Innovation.

Die Untersuchungs- und Handlungsempfehlungen dienen den städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen und den in Arbeit befindlichen Stadtentwicklungskonzepten.

Mit freundlichen Grüßen



Melanie Seufert
Fraktionsvorsitzende



Hermann Josef Pilgram
Ratsherr

Eingang bei FB 01
07. März 2018

Nr. 338/17

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

5. März 2018
GRÜNE 07 / 2018

Ratsantrag

Keine Sanierung des Parkhauses am Büchel

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der GRÜNEN beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat fordert die Geschäftsführung der Aachener Parkhaus GmbH auf, die Gebäudeteile des Parkhauses Büchel, die bei der wiederkehrenden bauaufsichtlichen Überprüfung erhebliche Mängel aufweisen, zu sperren und keine weiteren Finanzmittel in die Sanierung des Parkhauses zu investieren.

Der Rat fordert die Verwaltung auf, gemeinsam mit der Geschäftsführung der Gesellschaft zu prüfen, inwieweit für den Übergangszeitraum bis zum endgültigen Abriss des Parkhauses das Erdgeschoss als Einstellfläche für Fahrräder und das Untergeschoss als Bewohner- und Anliegerparkhaus genutzt werden kann.

Der Rat weist die vom ihm entsandten Mitglieder des Aufsichtsrates der Aachener Parkhaus GmbH an, hierzu entsprechende Beschlüsse in den Gremien der Gesellschaft zu fassen.

Begründung:

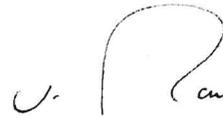
Das Parkhaus Büchel weist erhebliche Mängel in der Bausubstanz auf. Insbesondere die außenliegende Wendeltreppe muss für einen Weiterbetrieb des Parkhauses erneuert werden. Außerdem sind im gesamten Gebäude offensichtlich Betonsanierungsmaßnahmen erforderlich.

Auf der anderen Seite ist die Schließung des Parkhauses Büchel eine wichtige Maßnahme zur Umsetzung des beschlossenen Luftreinhalteplans. Die Bezirksregierung hat der Stadt Aachen bereits mehrfach Umsetzungsdefizite attestiert und zuletzt im Herbst letzten Jahres die konsequente Umsetzung des Aachener Luftreinhalteplans gefordert. Dabei wurden insbesondere die bisher nicht erfolgte Schließung des Parkhauses Büchels und die Überarbeitung des Innenstadtparkkonzeptes angemahnt. Zudem blockiert der Betrieb des Parkhauses die Ausweisung einer Fußgängerzone für den Bereich rund um den Büchel.

Mit freundlichen Grüßen



Melanie Seufert
Fraktionsvorsitzende



Michael Rau
planungspolitischer Sprecher

Fraktion DIE LINKE. • Verwaltungsgebäude Katschhof • 52058 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen



Nr. 339/17

Aachen, 13. März 2018

Ratsantrag: Hochbauwettbewerb Busterminal Klinikum

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
der Rat möge beschließen:

*Zur Erstellung der Busunterstände am geplanten Busterminal für das Universitäts-
krankenhaus Aachen soll ein Hochbauwettbewerb durchgeführt werden.*

Begründung

Das Baudenkmal Universitätskrankenhaus Aachen (UKA) ist eines der größten und bedeutendsten Krankenhäuser Nordrhein-Westfalens, wenn nicht der Bundesrepublik Deutschland. In unmittelbarer Nähe zum neu entstehenden Haupteingang des UKA ist ein Busterminal geplant, der den wesentlichen Zugang zum ÖPNV für das gesamte UKA bilden wird. Es muss mit enormen Passagierzahlen gerechnet werden. Für das Funktionieren des Krankenhauses ist dieser Bushaltepunkt einer der wesentlichen Bausteine.

Es ist zu erwarten, dass nicht nur Beschäftigte, Studierende und Besucherinnen und Besucher sondern auch Patientinnen und Patienten in großer Zahl von hier an- und abreisen werden.

Ein funktionierender und komfortabler Wetterschutz, eine großzügige, ergonomische und patientengerechte Möblierung und eine besondere und angemessene Architektur müssen Zielvorgaben sein!

Um dieser überdurchschnittlichen Bedeutung des Busterminals gerecht zu werden, ist die Auslobung eines Hochbauwettbewerbs das geeignete Mittel.

Mit freundlichen Grüßen

Leo Deumens

Marc Beus

Harald Siepmann

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

Allianz für Aachen – Johannes Paul II Str. 1 – 52062 Aachen

Markus Mohr u. Wolfgang Palm

Herrn Oberbürgermeister
Marcel Philipp

Eingang bei FB 01

15. März 2018

Allianz für Aachen (AfA)
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
52062 Aachen

-Rathaus-

52058 Aachen

Nr. 340/17

15. März 2018

Antrag: Trickbetrug bekämpfen – Präventionsmaßnahmen zum Schutz von Senioren

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Rat der Stadt möge folgenden Beschluss fassen:

Die Stadtverwaltung nutzt das Medienangebot der Polizeilichen Beratungsstelle der Länder und des Bundes, um ältere Menschen über Kriminalitätsformen zu informieren, die sie besonders betreffen.

Die Stadtverwaltung beschafft dazu eine ausreichende Anzahl an Exemplaren der Informationsbroschüre „Sicher zu Hause. Ratgeber für Seniorinnen und Senioren“ (24 Seiten, A4). Diese wird allen Haushalten in der Stadt Aachen mit mindestens einer Person über 65 Lebensjahren zugestellt.

Begründung:

Seit Jahren warnt die Polizei vor ausgeklügelten Betrugsmaschen, denen vorwiegend ältere Menschen zum Opfer fallen. Auch in Aachen kam es in jüngster Vergangenheit zu zahlreichen Fällen, in denen älteren Menschen durch Betrüger erheblicher Schaden zugefügt wurde.

So kam es in der Region immer wieder zu Anrufen durch „falsche Polizisten“, die ihre Opfer zur Übergabe von Geld und Wertgegenständen animieren. Erst in Januar wurde

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

auf diese Weise eine 79-jährige Frau in Aachen um Bargeld und Schmuck im Wert von 50.000 Euro gebracht.¹

Eine besonders perfide Betrugsmasche stellt der sogenannte „Enkeltrick“ dar. Dabei stellen sich die Täter älteren Menschen als deren Enkel vor, um unter Ausnutzung des Vertrauens und der Emotionen des Opfers Zugang zu dessen Hab und Gut zu erlangen. Eine 94-jährige Aachenerin verlor jüngst auf diese Weise ihr Ersparnis.²

Diese exemplarischen Fälle zeigen, daß die Warnungen der Polizei vor diesem neuen Betrugstrend ernst zu nehmen sind. Mit der Großdruckbroschüre „Sicher zu Hause“ können ältere Menschen gezielt über diese Kriminalitätsform aufgeklärt werden, um Handlungsweisen in betrügerischer Absicht zu erkennen und der Polizei zu melden. Dadurch wird das Gelingen von Betrugsaktionen unwahrscheinlicher und Aachen als Betätigungsfeld für Kriminelle unattraktiver.

Die Broschüre gehört zum Medienangebot der Polizeilichen Beratungsstelle der Länder und des Bundes und kann von Einzelpersonen an entsprechenden Beratungsstellen kostenlos abgeholt werden. Diese Möglichkeit ist für mobilitätsbeeinträchtigte Personen unzureichend. Ein lediglich passiv vorgehaltenes Informationsangebot sichert ohnehin keine hinreichende Aufklärung. Erst durch eine zielgruppengerechten proaktive Verbreitung der Broschüre wird eine ausreichende Anzahl von Personen für einen wirksamen Präventionseffekt erreicht.

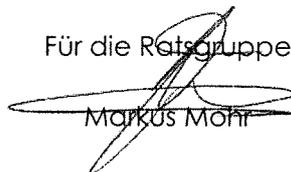
Ausgehend von einer Stückzahl von 45.000 Exemplaren (A4, ca. 150g), entsprechend dem Anteil der Aachener über 65 Lebensjahre, betragen bei der Nutzung des Produktes „Dialogpost“ die Portokosten bei der Deutschen Post ca. 46.000 Euro. Diese Summe ist ein Maximalwert, da die Anzahl der zu beschickenden Haushalte nicht mit der Anzahl der älteren Aachener Bürger identisch ist.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Mohr

Wolfgang Palm

Für die Ratsgruppe



MARKUS MOHR

¹ WDR 2018. Betrugsfall mit falschem Polizisten. Veröffentlicht am 16.01.2018. Aufgerufen von <https://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/betrug-falscher-polizist-100.html> [Zugriff am 28.02.2018].

² Aachener Zeitung 2018. Falscher Enkel bringt 94-jährige um ihr Ersparnis. Druckausgabe vom 27.02.2018.

Piratenfraktion im Rat der Stadt Aachen

Johannes-Paul-II-Straße 1
Raum 136
52062 Aachen

Eingang bei FB 01

20. März 2018



Piratenfraktion, Johannes-Paul-II-Str. 1, 52062 Aachen, Deutschland

Oberbürgermeister
Marcel Philipp

Rathaus
52058 Aachen

Tel.: 0241 / 432 7265
E-Mail: fraktion@piratenpartei-aachen.de
Web: www.piratenpartei-aachen.de

Nr. 341/17

Ratsantrag

Unser Zeichen, Schreiben vom:
201803-02

Name, Telefon:
Ehanantharajah, -7267

Aachen, den
19.03.2018

Anpassung der Stellplatzablösegebühr

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
die PIRATEN beantragen im Rat der Stadt Aachen den folgenden Beschluss zu fassen:

Die Gebühr, die von Bauherren für die Ablösung nicht errichteter Stellplätze entrichtet wird, wird schnellstmöglich und z.B. jährlich wiederkehrend, an den ermittelten Durchschnitt vergleichbarer Städte angepasst.

Begründung:

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen erlauben es, dass Investoren bzw. Bauherren einen gewissen Anteil der Parkplätze, die entsprechend der zu errichtenden Wohnen normal eingerichtet werden müssten, durch eine Einmalzahlung ablösen. Dadurch sind aber u.U. Mieter bzw. spätere Besitzer gezwungen, ihre Fahrzeuge im öffentlichen Parkraum abzustellen. Da der Parkdruck in den Straßen Aachens aber sehr hoch ist, muss die Stadt Gegenmaßnahmen wie den Ausbau des ÖPNV und Schaffung von Parkraum in z.B. Parkhäusern ergreifen. Die Mittel dafür können aus der Stellplatzablöse genommen werden.

Es ist daher sinnvoll, die Gebühr an den Durchschnitt vergleichbarer Städte anzupassen um Investoren bzw. Bauherren nicht unnötig zu über- aber auch nicht zu unterfordern. Daher ist eine jährliche Anpassung an den jeweils ermittelten Durchschnitt angebracht.

Über den Aufwand kann die Verwaltung Auskunft erteilen – im Zuge des Tagesordnungspunktes¹ „Stellplatzsatzung der Stadt Aachen -hier: Erprobung neuer Möglichkeiten“ am 22.2.2018 im Planungsausschuss wurden die Vorarbeiten schon getätigt.

Mit freundlichen Grüßen

Marc Teuku
Stv Fraktionsvorsitzender PIRATEN

¹ <https://ratsinfo.aachen.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=17860>

Piratenfraktion im Rat der Stadt Aachen

Johannes-Paul-II-Straße 1
Raum 136
52062 Aachen

Eingang bei FB 01

20. März 2018



Piratenfraktion, Johannes-Paul-II-Str. 1, 52062 Aachen, Deutschland

Oberbürgermeister
Marcel Philipp

Rathaus
52058 Aachen

Tel.: 0241 / 432 7265
E-Mail: fraktion@piratenpartei-aachen.de
Web: www.piratenpartei-aachen.de

Nr. 342/17

Ratsantrag

Unser Zeichen, Schreiben vom:
201803-01

Name, Telefon:
Ehanantharajah, -7267

Aachen den
19.03.2018

Übersichtlichere Präsentation der Zahlen im Finanzausschuss

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
die PIRATEN beantragen im Rat der Stadt Aachen den folgenden Beschluss zu fassen:

die Verwaltung wird beauftragt, ein übersichtliches und einheitliches Formblatt zu entwickeln, mit Hilfe dessen die aktuellen Zahlen, z.B. der Gewerbesteuerereinnahmen, Kassenkredite oder Einkommenssteuereinnahmen präsentiert werden.

Das Formblatt soll zu Beginn einer jeden Sitzung des Finanzausschusses an alle Sitzungsteilnehmer ausgeteilt werden. So hat jedes Mitglied die Zahlen direkt vor sich liegen und muss diese nicht mitschreiben. Auch für die Bürgerinnen und Bürger wird dadurch eine Verbesserung der Verständlichkeit und Übersichtlichkeit der Niederschriften geschaffen. Zudem können die Zahlen besser miteinander verglichen werden.

Begründung:

Zu Beginn einer jeden Sitzung des Finanzausschusses werden unter dem Tagesordnungspunkt „Mitteilung der Verwaltung“ die aktuellen Zahlen zu Steuereinnahmen präsentiert. Für die Präsentation besteht kein einheitliches System. Durch das Formblatt sind die Zahlen für die Ausschussmitglieder und die Besucher besser nachzuvollziehen.

Mit freundlichen Grüßen

Marc Teuku
Stv Fraktionsvorsitzender PIRATEN

Piratenfraktion im Rat der Stadt Aachen
Johannes-Paul-II-Straße 1 (Raum 136), 52062 Aachen Geschäftsführer: Rahu Ehanantharajah
Telefon: +49 (0)241 432 7265 Fax: +49 (0)241 92 78 68 72
Mail: fraktion@piratenpartei-aachen.de Web: www.piratenpartei-aachen.de

Fraktion DIE LINKE. • Verwaltungsgebäude Katschhof • 52058 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen

Eingang bei FB 01
21. März 2018

Mr. 343/17

Aachen, 20. März 2018

Ratsantrag: Quartiersmanagement Flüchtlingsintegration weiter erhalten

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Quartiersmanagement Flüchtlingsintegration mit insgesamt 3,5 Vollzeitäquivalenten in Aachen-Nord, Richterich, Eilendorf und für den Kronenberg über das Jahr 2018 hinaus zu erhalten und entsprechende Fördermöglichkeiten zu erschließen.

Begründung

Eine zentrale Aufgabe des Quartiersmanagements Flüchtlingsintegration (QFI) besteht darin, die zu uns geflüchteten Menschen nach der Erstaufnahme und -versorgung durch die kommunalen Stellen strukturell und sozial zu integrieren. Das unmittelbare Wohnumfeld, also das Quartier, ist bei der Integration von besonderer Bedeutung, da sich vor allem hier die so wichtigen Unterstützungsstrukturen und Nachbarschaftshilfen entwickeln.

Da die Förderung aus dem Landesprogramm „Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen“ Ende 2018 ausläuft und eine Verlängerung nicht zu erwarten sein wird, ist es notwendig, die hervorragende Arbeit des QFI durch andere Fördermöglichkeiten über 2018 hinaus zu gewährleisten.

Mit freundlichen Grüßen

Leo Deumens

Leona Piana

Fraktion DIE LINKE. • Verwaltungsgebäude Katschhof • 52058 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen

Eingang bei FB 01

21. März 2018

Nr. 344/17

Aachen, 20. März 2018

Ratsantrag: Keine Tabakwerbung in Schulinähe

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Reclame Bureau Limburg über einen Verzicht auf Tabakwerbung an Bushaltestellen in der Nähe von Schulen zu verhandeln.

Begründung

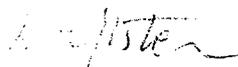
Nach §21(2) des *Gesetzes über Tabakerzeugnisse und verwandte Erzeugnisse (Tabakerzeugnisgesetz - TabakerzG)* ist es verboten, »werbliche Informationen zu verwenden, [...] die ihrer Art nach besonders dazu geeignet sind, Jugendliche oder Heranwachsende zum Konsum zu veranlassen oder darin zu bestärken«. Das Ziel, die Kinder und Jugendlichen vor den Gefahren des Rauchens zu schützen, wird allerdings konterkariert, wenn Zigarettenwerbung in unmittelbarer Nähe von Schulen geschaltet wird.

Da die Stadt keine rechtliche Handhabe besitzt, um hiergegen vorzugehen, sollte versucht werden eine einvernehmliche Lösung mit der für Bushaltestellenwerbung zuständigen Firma zu finden.

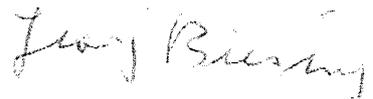
Mit freundlichen Grüßen



Leo Deumens



Ulla Epstein



Georg Biesing

Fraktion DIE LINKE. • Verwaltungsgebäude Katschhof • 52058 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen

Nr. 345/J7

Aachen, 21. März 2018

Ratsantrag: Aufstellung einer Bilanz über Dachbegrünungen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Bilanz über Dachbegrünungen aufzustellen. Hierbei wird um eine getrennte Ausweisung von privaten und städtischen Dachbegrünungen gebeten sowie um Angaben zu möglichen Standorten für zukünftige Dachbegrünungen. Falls erforderlich, sollen die notwendigen finanziellen und personellen Bedarfe benannt werden.

Begründung

Das Thema Luftreinhaltung ist für die Stadt Aachen ein sehr wichtiges und aktuelles Thema. Bereits in der Vergangenheit wurde oft der Mangel an möglichen Plätzen für Neu- oder Ersatzpflanzungen von Bäumen angesprochen. Dachbegrünungen ermöglichen die Mehrfachnutzung von Flächen für eine grüne Innenstadt und somit saubere Luft. Zusätzlich schaffen Dachbegrünungen Schatten und Lebensraum insbesondere für Insekten. Für weitere Maßnahmen ist es daher wichtig zu wissen, in wie weit Dachbegrünungen bisher von Stadt und Bevölkerung genutzt wurden. Basierend auf den Ergebnissen könnten weitere Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität von Dachbegrünungen beschlossen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Leo Deumens

Tim Hildmann

Leona Piana

Fraktion DIE LINKE. • Verwaltungsgebäude Katschhof • 52058 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen

Nr. 346/17

Aachen, 21. März 2018

Ratsantrag: Aufnahme einer Linde in die Liste der Naturdenkmäler

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
der Rat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die stattliche Linde im Blockinnenbereich Boxgraben/Südstraße/Mariabrunnstraße auf dem Flurstück 1333 oder angrenzend in die Liste der Naturdenkmäler aufzunehmen.
2. Zudem möge die Verwaltung prüfen, ob weitere Bäume in dem Blockinnenbereich die Kriterien für Naturdenkmäler erfüllen.

Begründung

Als Einzelobjekte sind alte, stattliche Bäume besonders in einem verdichteten Umfeld von übergeordneter Bedeutung. Für die angestrebten baulichen Veränderungen im Blockinnenbereich soll ein Bebauungsplan (A102) u. a. auch für das städtische Flurstück 1333 erstellt werden. Eine Bebauung des Grundstückes scheint angedacht zu sein.

Um hier rechtzeitig die herausragende und ortbildprägende Bedeutung der vorhandenen Grünstruktur und der besonders beeindruckenden Bäume zu unterstreichen und zu schützen, ist die Eintragung in die Naturdenkmalliste zum jetzigen Zeitpunkt besonders wichtig.

Mit freundlichen Grüßen

Leo Deumens

Marc Beus

Tim Hildmann

Fraktion DIE LINKE. • Verwaltungsgebäude Katschhof • 52058 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen

Nr. 347 / 17

Aachen, 21. März 2018

Ratsantrag: 200 Jahre Aachener Kongress

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
der Rat möge beschließen:

*Der 200. Jahrestag des Aachener Kongresses soll zum Anlass genommen werden, eine Veranstaltungsreihe von Museen, Theater, Volkshochschule, Stadtbücherei etc. zur Geschichte der Verfolgung von Demokrat*innen durchzuführen. Hierbei ist auch zu prüfen, wie das Kongressdenkmal im Stadtpark – beispielsweise durch eine Tafel – kritisch eingebunden werden kann.*

Begründung

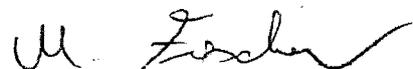
Vom 29. September zum 21. November 1818 trafen sich die Monarchen Russlands, Österreichs und Preußens mit Vertretern Großbritanniens und Frankreichs. Hierbei wurde unter anderem eine Unterdrückung demokratischer Bewegungen beraten. Der russische Zar legte eine Denkschrift vor, die später in die Karlsbader Beschlüsse münden sollte.

Gerade weil autoritäres Gedankengut in vielen Teilen der Welt auf dem Vormarsch ist und die Presse- und Meinungsfreiheit auch innerhalb der Europäischen Union bedroht wird, ist es wichtig, dass auch solch unrühmliche Ereignisse der Aachener Geschichte nicht in Vergessenheit geraten.

Mit freundlichen Grüßen



Leo Deumens



Matthias Fischer

Eingang bei FB 01

26. März 2018

GRÜNE
Fraktion im Rat der Stadt Aachen

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

Nr. 349/17

12. März 2018
GRÜNE 08 / 2018

Ratsantrag

Fußgängerzonen – Lücke in der Altstadt schließen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der GRÜNEN beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, das Netz der Aachener Fußgängerzonen zu vervollständigen, indem

- das Altstadtquartier rund um den Büchel angrenzend an die Fußgängerbereiche innerhalb des Grabenrings als Fußgängerzone ausgewiesen wird,
- die verkehrliche Erschließung so gestaltet wird, dass Durchgangsverkehre vermieden werden.

Begründung:

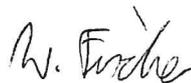
Seit vielen Jahren besteht in Politik und Verwaltung Einigkeit darüber, in der Innenstadt ein geschlossenes Netz von Fußgängerzonen auszuweisen. Die Verbindung der Fußgängerzonen rund um Dom und Rathaus und der Adalbertstraße ist das Ziel. Die Entwicklung des Bereichs rund um den Elisengarten war dazu bereits ein wichtiger Schritt.

Insbesondere mit der Ausweisung der unteren Ursulinerstraße und des Viertels rund um den Büchel als Fußgängerzone könnte das bereits im Innenstadtkonzept von 2002 angestrebte Fußgängernetz innerhalb des Grabenrings vollendet werden.

Mit freundlichen Grüßen



Melanie Seufert
Fraktionsvorsitzende



Wilfried Fischer
mobilitätspolitischer Sprecher

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
D-52062 Aachen

Raum 104
Tel.: 0241 432-7217
Fax: 0241 432-7213

Eingang bei FB 01

26. März 2018

GRÜNE

Fraktion im Rat der Stadt Aachen

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

Nr. 350/17

19. März 2018
GRÜNE 10/ 2018

Ratsantrag

Neues Wohnen in Eilendorf „Auf Trimpersfeld“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der GRÜNEN beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, einen Angebotsbebauungsplan für den Block Marienstraße, Kirchfeldstraße, Von-Coels-Straße, Steinstraße aufzustellen. Innerhalb des Angebotsbebauungsplans soll im Innenblockbereich für die Grundstücke des ehemaligen Marmorwerks Ortmanns und des städtischen Bauhofs Eilendorf die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Erschließungsplans „Auf Trimpersfeld“ erfolgen. Im Verfahren ist eine frühzeitige Bürgermitwirkung für eine Innenblockbebauung vorzusehen, um die Interessen und Wünsche der Anwohnerinnen und Anwohner anhören und berücksichtigen zu können.

Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig für die Verlagerung des städtischen Bauhofs aus dem oben genannten Baublock einen geeigneten Ersatzstandort in Eilendorf vorzuschlagen und den politischen Gremien zur Entscheidung vorzulegen.

Begründung:

Die Flächen und Gebäude des ehemaligen Marmorwerks, gelegen inmitten eines sehr großen, „Eilendorf typischen“ Baublocks, liegen seit längerer Zeit brach. Daran anschließend erstreckt sich im Norden eine großzügige Bau- und Lagerfläche des Stadtbetriebes für Eilendorf.

Das weitläufige, meist versiegelte Innengelände des Baublocks eignet sich sehr für eine neue Wohnbebauung, unter anderem auch durch die schon vorhandene Innenblockerschließung „Auf Trimpersfeld“.

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
D-52062 Aachen

Raum 104
Tel.: 0241 432-7217
Fax: 0241 432-7213

Die Aufstellung eines Angebotsbebauungsplans für den gesamten Block soll eine nachhaltige und städtebaulich langfristige Gesamtentwicklung des Blocks unter Einbeziehung und Vernetzung des Blockrands mit den Flächen des ehemaligen Marmorwerks und des städtischen Bauhofs aufzeigen und vorantreiben. Neues Planungsrecht ordnet, steuert und ermöglicht hier eventuell auch Angebote für Bauflächen auf heute privaten Flächen der Blockrandgrundstücke.

Bei einer städtebaulichen Einbindung und Erschließung in und mit dem Gesamtblock ist vorstellbar, dass vorab, eingebettet in ein Gesamtbebauungsplanverfahren, die Flächen des ehemaligen Natursteinwerks und des städtischen Bauhofs in einem gemeinsamen oder getrennten VEP-Verfahren zu Wohnbauland entwickelt werden. Hier ist eine Mischung im Verhältnis 50:50 aus preisgünstigen zweigeschossigen Reihenhäusern und Geschosswohnungsbau als sozialer Mietwohnungsbau wünschenswert und anzustreben.

Obwohl die Innenblöcke in Eilendorf im Allgemeinen von Bebauung freigehalten werden sollen, ermöglicht die Größe der vorhandenen zukünftigen Bauflächen in diesem Innenblock ein modernes, nachhaltiges Wohnquartier für Eilendorf, gerade auch für junge Familien mit Kindern, eingebettet in eine „Bestands“-Blockbebauung. Dabei sollte der breite Grünsaum und Baumbestand entlang des alten, heute verrohrten Kleebachs im Bebauungsplan entsprechend gesichert werden.

Zudem bietet sich die Chance für eine dezentrale Energieversorgung der zukünftigen Wohnbauten – oder auch der Bestandswohnbauten am Blockrand - mittels eines Nahwärmenetzes mit einer Energiezentrale im Innenblock. Auch soll die solare Ausrichtung der Dachflächen der Wohnungsneubauten beim städtebaulichen Entwurf vorrangig berücksichtigt werden.

Die erforderlichen Stellplätze sollen nicht auf den Flächen der privaten Grundstücke realisiert, sondern zentral gelegen jeweils in der Nähe der Ein- oder Ausfahrten des Innenblocks angeordnet werden. Dies ermöglicht die Realisierung eines weitgehend autofreien Stadtquartiers, was auch einem geänderten Mobilitätsverhalten entgegenkommt.

Mit freundlichen Grüßen



Melanie Seufert
Fraktionsvorsitzende



Michael Rau
planungspolitischer Sprecher

Für die Fraktion in der Bezirksvertretung Eilendorf



Doris Plum



Markus Plum

Eingang bei FB 01

26. März 2018

GRÜNE
Fraktion im Rat der Stadt Aachen

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

Nr. 351 / 17.

19. März 2018
GRÜNE 11 / 2018

Ratsantrag

Beitritt zum Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt e.V.“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die GRÜNE Fraktion im Rat der Stadt Aachen beantragt, in den zuständigen Gremien folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadt Aachen tritt nach der Unterzeichnung der Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ im Jahr 2010 auch dem „Bündnis für biologische Vielfalt e.V.“ bei.

Begründung

Aktuell haben sich 128 engagierte Gemeinden, Städte und Landkreise aus ganz Deutschland zu einem Bündnis „Biologische Vielfalt in Kommunen“ zusammengeschlossen. Oberstes Ziel des Bündnisses ist der Schutz und die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt.

Der massive Artenrückgang und der dramatische Verlust an Insekten in den vergangenen Jahren haben gravierende Auswirkungen auf unsere Ökosysteme. Um diesen Problemen zu begegnen, hat die Stadt in den vergangenen Jahren verschiedene Maßnahmen ergriffen, um gemeinsam mit den Umweltverbänden und der Landwirtschaft Lösungen zu finden.

Die Unterzeichnung der Deklaration "Biologische Vielfalt in Kommunen" im Jahre 2010 war ein erster Schritt sich zu vernetzen, auszutauschen und Lösungen aus anderen Kommunen kennenzulernen.

Seitdem haben sich die Probleme jedoch verschärft und die Kommune ist angehalten, weitere Maßnahmen zu ergreifen. Eine Mitgliedschaft im Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt e.V.“ würde der Verwaltung die Möglichkeit geben, sich interkommunal noch intensiver über die Thematik auszutauschen, inhaltliche Unterstützung bei der Arbeit zu bekommen und an Workshops zur Weiterbildung kommunaler Verwaltungsmitarbeiterinnen und –mitarbeiter teilzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen



Kaj Neumann
Stv. Fraktionsvorsitzender

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
D-52062 Aachen

Raum 104
Tel.: 0241 432-7217
Fax: 0241 432-7213

Eingang bei FB 01

26. März 2018

GRÜNE
Fraktion im Rat der Stadt Aachen

MS

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

Nr. 352/17

19. März 2018
GRÜNE 12 / 2018

Ratsantrag

Entwicklung einer Strategie zur ökologischen Aufwertung verpachteter Flächen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die GRÜNE Fraktion im Rat der Stadt Aachen beantragt, in den zuständigen Gremien folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Strategie zu entwickeln, um städtische, zur landwirtschaftlichen Nutzung verpachtete Flächen innerhalb der kommenden Jahre unter ökologischen Aspekten deutlich aufzuwerten.

Gemeinsam mit Naturschutzverbänden und Kreisbauernschaft sollen konkrete Maßnahmen und ein verbindlicher Zeitplan zur Erhöhung des Anteils von Flächen mit Vertragsnaturschutz und Ausgleichsmaßnahmen entwickelt werden. Zudem soll im Rahmen einer Evaluierung die Boden- und Wasserqualität, die Artenvielfalt, die Schadstoffbelastung, die Insektenpopulation und Population anderer Tiere untersucht werden.

Über die Fortschritte wird regelmäßig im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz berichtet.

Begründung

Eine reichhaltige und intakte Natur ist die Grundlage für unsere Ernährung, unsere Naherholung und unser Klima. Der massive Artenrückgang und der dramatische Verlust an Insekten in den vergangenen Jahren haben gravierende Auswirkungen auf unsere Ökosysteme und stellen für diese eine große Gefahr dar.

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
D-52062 Aachen

Raum 104
Tel.: 0241 432-7217
Fax: 0241 432-7213

Um diesem Problem zu begegnen, hat die Stadt in den vergangenen Jahren verschiedene Maßnahmen ergriffen, um gemeinsam mit den Umweltverbänden und der Landwirtschaft Lösungen zu finden.

Trotz diverser Einzelmaßnahmen befinden sich lediglich 1,9% der landwirtschaftlichen Fläche im Vertragsnaturschutz. Lediglich 2,4% der Flächen werden durch Ausgleichsmaßnahmen aufgewertet. Dies ist bei weitem nicht ausreichend, um unsere Natur nachhaltig zu erhalten. Die bisherigen Anstrengungen müssen intensiviert und die vorhandenen Instrumente auf deutlich mehr Flächen angewandt werden.

Die Stadt Aachen ist im Besitz großer landwirtschaftlicher Flächen und hat daher die Verantwortung, aber auch die Möglichkeit, ambitionierte Naturschutzmaßnahmen durchzuführen und gemeinsam mit den Landwirten eine Wende hin zu einer ökologischeren Landwirtschaft zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen



Kaj Neumann
Stv. Fraktionsvorsitzender

Eingang bei FB 01

26. März 2018

GRÜNE
Fraktion im Rat der Stadt Aachen

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

Nr. 353/17

19. März 2018
GRÜNE 13 / 2018

Ratsantrag

Für die Gesundheit der Menschen – für mehr Artenvielfalt: Kein Glyphosat auf städtischen Flächen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die GRÜNE Fraktion im Rat der Stadt Aachen beantragt, in den zuständigen Gremien folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt lehnt den Einsatz von Glyphosat auf städtischen Flächen ab. Die Verwaltung wird aufgefordert, bestehende und zukünftige Pachtverträge dahingehend anzupassen, dass zum bald möglichsten Zeitpunkt die Verwendung von Glyphosat auf städtischen landwirtschaftlich genutzten Flächen ausgeschlossen wird.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, mit der Landwirtschaftskammer und der Kreisbauernschaft Aachen mit dem Ziel in Kontakt zu treten, auch auf nicht-städtischen Flächen den Verzicht auf den Einsatz von Glyphosat zu erreichen.

Begründung

Die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC) der Weltgesundheitsorganisation WHO stuft Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend beim Menschen“ ein. Auch wenn die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) derzeit vom Gegenteil ausgeht, ist eine abschließende Untersuchung noch nicht vorhanden. Eine negative Wirkung auf den menschlichen Hormonhaushalt konnte bisher ebenfalls nicht ausgeschlossen werden.

Fest steht jedoch, dass in den letzten Jahren vermehrt Rückstände dieser Stoffe in unserer Nahrung und unseren Körpern gefunden wurden.

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
D-52062 Aachen

Raum 104
Tel.: 0241 432-7217
Fax: 0241 432-7213

Darüber hinaus haben sowohl die EFSA als auch das Deutsche Bundesumweltamt erhebliche negative Auswirkungen für pflanzenfressende Säugetiere (z.B. Nutztiere wie Kühe und Schafe) sowie wildlebende Tierarten (z.B. Vögel und Maulwürfe) festgestellt. Vor dem Hintergrund des massiven Artenrückgangs in unseren Ökosystemen und der unklaren Datenlage in Bezug auf die Gesundheitsgefährdung ist es daher nicht zu verantworten, Glyphosat länger auf städtische Flächen aufbringen zu lassen.

Aufgrund von chemie-freien Alternativen zu Glyphosat wie Fruchtwechsel, flaches Pflügen oder Unkrauthacken besteht außerdem keine Notwendigkeit, Glyphosat zu verwenden.

Mit freundlichen Grüßen



Kaj Neumann
Stv. Fraktionsvorsitzender

Eingang bei FB 01

29. März 2018

Fraktionen im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

Nr. 354/17

Geschäftsstellen

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

CDU 0241 / 432 -7211
SPD 0241 / 432 -7215
Grüne 0241 / 432 -7217
Linke 0241 / 432 -7244
FDP 0241 / 432 -7224
Piraten 0241 / 432 -7266

Aachen, den 22. März 2018

Ratsantrag: Aufwertung des Bürgerforums

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen beantragen, im Rat der Stadt Aachen den folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Aufwertung des Bürgerforums zu erarbeiten. Dabei sind als Eckpunkte zu berücksichtigen:

1. Den Beginn der Sitzungen des Bürgerforums legt die/der Ausschussvorsitzende situations- und ortsbezogen fest.
2. Der Sitzungsraum soll einen kommunikativen Austausch zwischen Rat, Verwaltung und Bürgern ermöglichen. Eine formale Sitzordnung ist nicht erforderlich.
3. Der Sitzungsort soll nach Möglichkeit in räumlicher Nähe der Bürgerinnen und Bürger sein, die vom wesentlichen Beratungspunkt betroffen sind. Dabei sind alle Stadtbezirke zu berücksichtigen.
4. Die Dezernate bereiten aktiv und regelmäßig Projekte, die für eine breite Öffentlichkeit von Interesse sind, im Vorfeld der Sitzungen des Bürgerforums auf und stellen diese in den Sitzungen vor.
5. Die Klärungsstelle bleibt dem Bürgerforum zugeordnet.
6. Das Bürgerforum wird stärker in die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Stadt anlassbezogen eingebunden. Über Inhalte und Beteiligungsmöglichkeiten wird regelmäßig u.a. in sozialen Medien und Printmedien informiert. Die Verwaltung möge prüfen, ob rechtlich die Möglichkeit besteht aus den Sitzungen über Live-Chat zu berichten und mit welchem Aufwand dies verbunden wäre. Außerdem ist die Etablierung eines Hashtags für das Bürgerforum zu prüfen.

Begründung:

Die Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern bei Entscheidungen des Rates und der Verwaltung ist unabdingbarer Teil einer modernen Kommunalpolitik. Sie erhöht die Akzeptanz von Entscheidungen und Maßnahmen und ermöglicht den Entscheidungsträgern eine Erweiterung

zung ihres Blickfeldes. Das Bürgerforum in seiner derzeitigen Form kann diese Erwartungen nur bedingt erfüllen.

Der Ratssaal hat sich als Sitzungsraum für das Bürgerforum nicht bewährt. Seine formale und enge Sitzordnung lässt keine Atmosphäre zu, die zum zwanglosen Gedankenaustausch einlädt. Ferner scheint es bei bezirksnahen Themen sinnvoll, in dem betreffenden Stadtbezirk zu tagen, da dort das Interesse aufgrund der unmittelbaren Betroffenheit besonders hoch sein dürfte.

Die Vorstellung aktueller und für das alltägliche Leben der Bürgerinnen und Bürger bedeutsamer Projekte ist geeignet, die Beteiligung an den Sitzungen des Bürgerforums zu steigern und die Bürgerinnen und Bürger stärker zur Meinungsäußerung zu animieren. Für eine breite Öffentlichkeit von Interesse sind insbesondere größere Baumaßnahmen und Planungsvorhaben sowie maßgebliche Strukturveränderungen.

Auf den Ratsantrag der Koalition von CDU und SPD vom 03. Februar 2015 wird verwiesen.

Eine aktive Öffentlichkeitsarbeit der Verwaltung hilft, die Arbeit von Rat und Verwaltung den interessierten Bürgerinnen und Bürgern näher zu bringen und deren Teilhabe zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen



Iris Lürken

Sprecherin der CDU-Fraktion
im Bürgerforum



Manfred Bausch

Sprecher der SPD-Fraktion
im Bürgerforum



Melanie Seufert

Sprecherin Grüne-Fraktion



Leo Deumens

Vorsitzender Linke-Fraktion



Wilhelm Helg

Vorsitzender FDP-Fraktion



Mare Teuku

Piraten-Fraktion

Eingang bei FB 01
10. April 2018

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

Nr. 355/17

19. März 2018
GRÜNE 09 / 2018

Ratsantrag

Trinkwasserschutzgebiet Eicher Stollen erhalten

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der GRÜNEN beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Aachen befürwortet die Sicherung der Trinkwasserschutzgebiete im Aachener Süden und fordert die Aufrechterhaltung der Trinkwasserförderung im Wasserwerk Eicher Stollen.

Der Rat fordert seine Vertreterinnen und Vertreter in den Aufsichtsräten der Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel (WAG) und der Stadtwerke Aachen (stawag) auf, sich in den Gremien der Gesellschaften im Sinne der Sicherheit der Trinkwasserqualität und einer ausreichenden Trinkwasserversorgung für die Aufrechterhaltung beziehungsweise Sicherung der Wassergewinnung im Eicher Stollen einzusetzen.

Begründung

Es wird bereits eine öffentliche Debatte in den Medien über die Zukunft des Camp Hitfeld geführt. Dabei geht es unter anderem um die zukünftige Nutzung des alten Militärcamps. In einem Pressebericht wurde der Zusammenhang zwischen Gewerbeansiedlungen und der Aufgabe des Wasserschutzgebietes Eicher Stollen hergestellt.

Es ist ein Privileg für eine Großstadt wie Aachen, dass große Mengen des für die Aachener Bevölkerung notwendigen Trinkwassers auf dem Stadtgebiet selbst gewonnen bzw. gefördert werden können. Die Qualität des Trinkwassers aus dem Eicher Stollen ist hoch und gewährleistet eine große Unabhängigkeit der Aachener Trinkwasserversorgung.

Auch mit Blick auf mögliche Umweltgefahren oder die radioaktiven Anlagen in der Umgebung ist die Gewinnung von Trinkwasser aus Grundwasserschichten von elementarer Bedeutung.

Die Aufrechterhaltung der Trinkwasserschutzgebiete darf nicht in Frage gestellt werden. Sie sichern die geplante Arrondierung des Augustinerwalds.

Mit freundlichen Grüßen



Melanie Seufert
Fraktionsvorsitzende



Kaj Neumann
umweltpolitischer Sprecher